

# Greifenhagener Kreis-Zeitung

Amthliches Kreisblatt für den Kreis Greifenhagen

Nr. 40.

Dienstag, den 5 April 1921.

77. Jahrg.

## Amthlicher Teil.

### Bekanntmachung.

Vertrieb bedingt tauglichen und minderwertigen Fleisches.

Nachdem die Zwangsbewirtschaftung von Fleisch und die damit verbundene Aufsicht über die Herstellung und den Vertrieb von Fleisch und Wurstwaren fast vollständig in Fortfall gekommen ist, sind die Voraussetzungen für die zugestandenen Ausnahmen nicht mehr gegeben. Die Vorschriften über die Behandlung und den Verkauf von bedingt tauglichem und minderwertigem Fleisch müssen infolgedessen wieder im Sinne des Fleischbeschaugesetzes durchgeführt werden. Solches Fleisch ist künftig in allen Fällen wieder unter Aufsicht der Polizeibehörde brauchbar zu machen und freibankmäßig zu verkaufen.

Berlin, den 31. Januar 1921.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Vorstehender Ministerial-Erlaß wird den Ortspolizeibehörden und den in der Fleischschau tätigen Tierärzten hiermit zur Kenntnis und Beachtung mitgeteilt.

Greifenhagen, den 29. März 1921.

Der Landrat. Koehler.

### Bekanntmachung

Dem Rittergutsbesitzer Gossow in Kunow ist mit Ermächtigung der Reichsgetreidestelle die Genehmigung zur Veräußerung von

100 Str. Gerste

eigener Ernte zu Saatwecken gemäß § 7 der Saatgutverkehrsverordnung vom 20. Juni 1919 erteilt worden.

Der Verkauf darf nur gegen Saatkarten für das Gebiet des Kreises Greifenhagen erfolgen.

Greifenhagen, den 26. März 1921.

Der Kreis Ausschuß. (Getreideabteilung).

### Bekanntmachung betr. Säuglingspflege.

Aus der im Kreise veranstalteten „Sammlung für das notleidende deutsche Kind“ sind zur Vinderung der Säuglingsnot Wochenkörbe beschafft worden, welche an Kinderbewahranstalten gegen eine Leihgebühr ausgeliehen werden.

Besuche wegen der Abgabe solcher Körbe sind an die Kreisfürsorgerein Schwester M. Weist in Greifenhagen (Gemeindehaus im 1. Stock) zu richten. Dieselbe hält dort auch Sprechstunde für werdende Mütter ab und zwar jeden Freitag vormittag von 10 bis 12 Uhr. Dort hin müssen die Körbe auch wieder zurückgegeben werden.

Greifenhagen, den 24. März 1921.

Der Kreis Ausschuß. Kreiswohlfahrtsamt.

Der Vaterländische Frauenverein für den Kreis Greifenhagen.

### Bekanntmachung.

Dem mit der Ausübung der Trichinenschau in der Ortschaft Neuenborn (Gem. und Gut) beauftragten Läger Franz Ortel in Bahn ist vom 1. April ds. Js ab auch die Fleischschau in Neuenborn, Gemeinde und Gut, übertragen worden.

Die Herren Gemeinde- und Gutsvorsteher von Neuenborn ersuche ich, Vorstehendes sofort ortszüblich bekannt zu machen.

Greifenhagen, den 26. März 1921.

Der Landrat. Koehler.

### Bekanntmachung

betr. Stellungsvermittlung für Angestellte.

Beim Arbeitsamt der Stadt Stettin besteht unter der Bezeichnung „Pommersche Zentral-Vermittlungskelle für Angestellte“ eine Zentralstelle für die Bearbeitung der Angestelltenvermittlung Pommerns und der angrenzenden westpreussischen Festgebiete.

Meldungen über offene Stellen und Meldungen von Bewerberinnen nimmt der unterzeichnete Arbeitsnachweis entgegen.

Greifenhagen, den 31. März 1921.

Kreiswohlfahrtsamt. (Arbeitsnachweis).  
Koehler.

### Bekanntmachungen des Finanzamts.

Betrifft: Einreichung von Lohnlisten in landwirtschaftlichen Betrieben.

Die Arbeitgeber sind zur genauen Ausfüllung der Spalten 1—6 verpflichtet, dagegen wird ihnen freigestellt, die Spalte 6 b—6 f im einzelnen auszufüllen oder lediglich den Wert der Sachbezüge in einer Summe anzugeben, ferner in Spalte Bemerkungen entweder den Wert der

abgezogenen Kassenbeiträge anzugeben oder zu bemerken, daß die Kassenbeiträge bereits abgesetzt sind. Auf Ausfüllung der Lohnlisten kann nicht verzichtet werden.

Greifenhagen, den 4. April 1921.

Finanzamt.

## Nichtamtlicher Teil

### Bongkoll feindlicher Waren.

Von Direktor Hans Kraemer, Mitglied des Reichswirtschaftsrats und des Präsidiums des Reichsverbandes der deutschen Industrie.

Wir entnehmen einem Artikel des Fachblattes „Industrie-Kurier“ (Berlin, SW. 11) folgende interessante Ausführungen des bekannten deutschen Wirtschaftsführers, die um so bemerkenswerter sind, weil Direktor Kraemer als Vorsitzender des wirtschaftspolitischen Ausschusses des R. W. ständig den Berliner Sachverständigenverhandlungen beigewohnt hat.

Die Schriftleitung.

Zu früh nach dem Bekanntwerden der Londoner Drohung erhoben sich in Deutschland Stimmen, die leichtfertig wie einstmalig so oft während der Kriegszeit, die wirtschaftliche Widerstandskraft Deutschlands überschätzten, die Wirkungen der feindlichen Maßnahmen zu gering achteten. „Ein Pfeil, der auf den Schützen zurückgeschossen muß“, so las man in der Presse aller Parteischattierungen. Ich warne die Männer der deutschen Wirtschaft davor, auch nur einen Augenblick anzunehmen, daß die Staatsmänner der Alliierten und ihre wirtschaftlichen Berater nicht alle Konsequenzen ihrer Maßnahmen durchdacht hätten! Was England wollte, und für den Augenblick sicher auch erreichen wird, ist mit brutaler Offenheit in den Säzen Lloyd Georges ausgesprochen: „Selbst wenn Italien und Belgien sich nicht daran beteiligen sollten, so wird Deutschland immer noch einen Handel von etwa 100 Millionen Pfund Sterling verlieren, von denen die Hälfte Löhne darstellt. Deutschland kann eines von drei Dingen tun: Es kann die gesamten 50 Prozent den deutschen Lieferanten wieder erstatten; es kann sich weigern, irgend etwas mit der Reparationsbill zu tun zu haben. In diesem Falle wird sie als Strafmaßnahme wirken und deutsche Waren aus England ausschließen, abgesehen von den Waren, die England benötigt. Schließlich kann die deutsche Regierung erklären, daß sie nicht 50 Prozent zahlen werde, sondern einen Prozentsatz, der den Erzeugern noch einen angemessenen Uberschuß läßt.“

Die Reparationsbill wurde nach diesen Erklärungen ohne namentliche Abstimmung vom Unterhause angenommen. Damit sitzt die Faust der Alliierten wiederum würgend an der Kehle des Deutschen Volkes, das nahezu wehrlos seinen Feinden in die Hände geliefert ist.

Die deutsche Regierung kann die erste Forderung niemals erfüllen! Sie kann aus ihren leeren Kassen, ohne bei der Ueberspannung des Steuersystems die innere Wirtschaft zum Zusammenbruch zu treiben, den Exporteuren deutscher Waren die Beträge nicht zurückerstatten, die in den alliierten Ländern fortgenommen werden. Die deutsche Wirtschaft verliert damit nicht nur den Gegenwert von etwa 20 Prozent des Gesamtexports — die Hälfte der etwa 40 Prozent die auf die Ausfuhr nach den feindlichen Staaten entfallen —, sondern Deutschland verliert vor allen Dingen die Devisen aus diesen Teilen des Exports, die für die Zahlung von Lebensmitteln und Rohstoffen unentbehrlich sind. Die neue Hungerblockade ist es, die von unseren Gegnern gewollt und nach acht Jahren der Verelendung mit englischer Brutalität und französischer Rachsucht in die Wege geleitet wird.

Zwischen der Scylla der Hungersnot und Arbeitslosigkeit und der Charybdis des finanziellen Zusammenbruchs als Folge gesteigerter Inflation und damit uferlos wachsender neuer Entwertung der Mark treibt das deutsche Staatschiff, nicht immer fest und zielbewußt gesteuert, einher. Wollen wir deutschen Wirtschaftler untätig die Hände in den Schoß legen? Wird das deutsche Volk sich nicht wenigstens zu wirtschaftlicher Gegenwehr aufraffen? Wird nicht von den deutschen Alpen bis zum deutschen Meer ein Schrei gehen: Boykott aller feindlichen Waren, die aus den Länden unserer wirtschaftlichen Todfeinde stammen!!

Wie unsere Gegner fürderhin nur dasjenige bezahlen wollen, was sie aus anderen Ländern nicht in gleicher Güte oder zu gleichen Preisen kaufen können, so darf keine deutsche Hand sich künftig nach feindlicher Ware ausstrecken, die nicht des Lebens Nodbürst erfordert. Das ist die einzige Gegenwehr, die dem entwaffneten deutschen Volke noch verbleibt!

## Noch keine Beruhigung im Reich.

### Neuer Streik in Lichtenberg.

Berlin, 2. April. In den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken in Lichtenberg ist heute vormittag der Streik ausgebrochen. Die gesamte Belegschaft hat den Betrieb verlassen. Die Notstandsarbeiten werden verrichtet. Die streikenden Arbeiter verlangen die sofortige Aufhebung des Schießverlases und wollen durch die Arbeitsruhe gleichzeitig gegen die Erschießung Ostts demonstrieren.

### Kritische Lage in Mecklenburg.

Schwerin, 2. April. Infolge der Verschärfung der politischen Lage hat das Ministerium die Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel verboten.

Man muß sich vergegenwärtigen, daß das mecklenburgische Ministerium, das diese Anordnung erläßt, rein sozialistisch ist, um zu erkennen, wie gefährdet die Lage in Mecklenburg bereits sein muß.

### Bestialische Greuelthaten.

Halle, 2. April. Von den unglaublichen Schandthaten der Kommunisten seien folgende Fälle besonders hervorgehoben: Die Leichen der Schupo-Mannschaften, die bei Gießers einem Feuerüberfall zum Opfer fielen, wurden mit eingeschlagenem Schädel und ausgestochenen Augen gänzlich erblindet in einem Keller aufgefunden. Einem Offizier wurden sogar die Goldplomben aus dem Munde geschlagen. Ein Gutsbesitzer, der schon seine ganze Habe den Verbrechern ausgeliefert hatte, wurde ohne jeden Grund niedergeschossen.

Berlin, 2. April. Die Meldungen aus Mitteldeutschland, daß mehrfach Leichen von Schutzpolizisten, die in den Kämpfen mit den Kommunisten gefallen sind, in gräßlicher Weise verstümmelt worden sind, werden von zuständiger Seite bestätigt. Es sind photographische Aufnahmen solcher verstümmelter Leichen erfolgt, die demnach der Öffentlichkeit als Beweismittel vorgelegt werden sollen.

### Hölz, der geistige Leiter des Aufbruchs.

Berlin, 2. April. Auf die Ergreifung des Kommunistenführers Hölz ist von der preussischen Regierung eine Belohnung von 100 000 Mark ausgesetzt worden. Es wird auf die Verhaftung des Hölz deshalb besonderer Wert gelegt, weil unzweifelhaft feststeht, daß er der geistige Leiter des ganzen Kommunistenaufbruchs und auch der Urheber der zahlreichen Anschläge auf Eisenbahnen, amtliche Gebäude und auch auf die Siegessäule gewesen ist.

### Die Lennawerke geschlossen.

Magdeburg, 2. April. Die Lennawerke veröffentlichen eine längere Erklärung, in der betont wird, daß die Wiederaufnahme des Betriebes wegen der Ausführung der Bau- und Montagearbeiten bis auf weiteres nicht möglich ist. Die gesamte Arbeiterschaft habe sich durch den Eintritt in den Streik als entlassen zu betrachten.

## Die Unsicherheit in Mitteldeutschland.

### Das platte Land schwer gefährdet.

Wie von durchaus verlässlicher Seite mitgeteilt wird, sind die Zustände in Mitteldeutschland, namentlich in der Umgegend von Halle, sehr viel ernster, als bisher in der Presse, auch von Regierungsseite verlautete. Die Gefahr in den Städten kann wohl als beseitigt gelten: um so größer ist der Schrecken, den plündernde und mordende Banden auf dem Lande verbreiten. Diesem Zustande dürfte in absehbarer Zeit schwer abzuhelfen sein. Die Sipo ist weder an Zahl noch nach Leistungsfähigkeit in der Lage, nach den Anstrengungen der letzten 14 Tage jetzt auch noch das platte Land zu schützen. Die Reichswehr ist in verhältnismäßiger Stärke in jener Gegend konzentriert, doch wird sie bisher in ganz genügendem Maße eingesetzt, anscheinend, weil der preussische Minister des Innern und der Oberpräsident die Sicherung allein mit der Polizei erledigen wollen, wenn auch die Landbevölkerung dabei schutzlos bleibt. Bei diesen Verhältnissen herrscht in der Landbevölkerung eine begriffliche Erbitterung.

### Lagebericht aus Mitteldeutschland.

Die Meldestelle beim Oberpräsidenten in Magdeburg teilt mit: Die Lage hat sich ganz wesentlich gebessert. Aus dem Regierungsbezirk Magdeburg liegen keine beunruhigenden Nachrichten vor. Regierungsbezirk Merseburg: Die Streifen, die um Eisleben und im Instruttal ausgeführt werden, haben ohne jeden Verlust für die Schutzpolizei ungefähr 130 Gefangene, 2 Maschinengewehre und ungefähr 80 Gewehre eingebracht. Die Bande welche gestern in Raundorf, Lößelün, Rönern und Wettin aufgetreten ist, wird von der Schutzpolizei Halle an Autos verfolgt. In Sangerhausen, Eisleben, Mansfeld, Hettstedt und Bitterfeld herrscht Ruhe. Im Kreise Lützenwerda ist